

Umgang mit demokratie- und menschenrechtsfeindlichen Parteien und anderen Organisationen

Eine interne Handreichung des EJF

Das EJF ist ein Unternehmen mit modernen Werten auf christlichem Fundament. Es schafft Hilfe für jene, die sie brauchen, unter Achtung aller Dimensionen der gesellschaftlichen Vielfalt. Aus den Werten, denen das EJF verpflichtet ist, ergibt sich eine Verantwortung, unter anderem für Demokratie, für Nächstenliebe, für Umweltschutz und Gerechtigkeit. Das EJF und seine Mitarbeiter:innen treten durch die tägliche Arbeit und die damit verbundene Haltung für diese Werte und ihren Schutz ein.

Mehr Informationen dazu:

- Diakonisches Profil des EJF
- EJF-Leitbild
- Charta der Vielfalt

Parteien und andere Organisationen, deren Aktivitäten und Propaganda sich gegen zentrale Prinzipien der Demokratie richten, gelten als demokratiefeindlich. Zu den demokratischen Prinzipien gehören die universellen Menschenrechte, vor allem die Gleichheit und Gleichwertigkeit aller Menschen und der Schutz von Minderheiten. Demokratiefeindlichkeit ist besonders verbreitet in rechtspopulistischem Gedankengut, das demokratische Prinzipien aus dem System heraus aufweichen und abschaffen will, sowie im politischen Extremismus, der Demokratie komplett abschaffen will.

Das EJF distanziert sich ausdrücklich von demokratiefeindlichen Positionen. Es zeigt Haltung für Demokratie, Vielfalt und die unantastbare Würde des Menschen.

Was bedeutet das im Alltag?

- 🕊 Seien Sie informiert! Welche Positionen vertreten (regionale) Parteien, Organisationen oder andere Gruppen, mit denen Sie im Arbeitsalltag zu tun haben oder die an Sie herantreten? Umgang und Kommunikation mit Vertreter:innen demokratie- und/oder menschenfeindlicher Positionen sollten sich auf das Notwendigste beschränken, z.B. bei Amtsinhaber:innen in Politik und Verwaltung.
- 🕊 Besuche von Politiker:innen mit inhaltlichem Bezug zur Arbeit und zur Förderung des Verständnisses vor Ort sind im EJF immer möglich – koordiniert durch die Einrichtungs- oder Verbundleitung, abgestimmt mit der Geschäftsbereichsleitung und bei Öffentlichkeitsrelevanz auch mit der UK. In Wahlkampfzeiten ist jedoch erhöhte Vorsicht geboten.
- 🕊 Besonders in Wahljahren und verstärkt in der „heißen Phase“ von Wahlkämpfen (rund sechs Wochen vor Wahlen) unterstreichen Politiker:innen ihren Sinn fürs Gemeinwohl gerne durch den Besuch bei sozialen Einrichtungen und Angeboten. Oder sie nutzen deren guten Ruf für Werbe-Aktionen in eigener Sache. Das EJF lässt sich dabei nicht instrumentalisieren. Besuche und Wahlkampfaktionen sechs Wochen vor Wahlen sind parteiübergreifend zu vermeiden. Achtung: Mit Bekanntgabe des Wahltermins beginnt die Vorwahlkampfphase, oft schon ein Jahr vor der Wahl.
- 🕊 Vorsicht bei Geschenken und Spenden! Verzichten Sie lieber auf ein „Goodie“, wenn dieses Sie in Zusammenhang mit politischen Positionen bringt.
- 🕊 Aus der christlichen Haltung des EJF ergibt sich die Bereitschaft zum Gespräch, auch zum Streit. Aber auch hier ist Vorsicht geboten: Vor allem rechtspopulistische Positionen verlassen systematisch die Spielregeln des demokratischen Diskurses. Es geht nicht um den Austausch von Argumenten, sondern oft um Emotionen und nicht begründbare Überzeugungen. Damit verliert Diskurs den Sinn.
- 🕊 Bieten Sie extremen Positionen keine Bühne und lassen Sie sich nicht vereinnahmen. Machen Sie ggf. von Ihrem Hausrecht Gebrauch und prüfen Sie eigene Teilnahmen an Veranstaltungen kritisch.
- 🕊 Lassen Sie sich nicht provozieren. Sie müssen nicht gegen Kritik gewinnen, sondern sich der eigenen Haltung sicher sein. Holen Sie sich ggf. Unterstützung: Medienanfragen leiten Sie ohnehin an die UK weiter, Politiker:innen-Anfragen lassen sich meist im Geschäftsbereich bearbeiten.
- 🕊 Sensibilisieren Sie auch ihre Kolleg:innen und unterstützen Sie einander.

Mögliche Antwort auf Besuchsanfragen:

Sehr geehrte/r ...

das EJV achtet die Unterschiedlichkeit von Menschen und nimmt sie in ihrer Vielfalt an. In diesem Punkt unterscheiden wir uns. Äußerungen Ihrer Partei /Organisation / von Ihnen in der Öffentlichkeit lassen erkennen, dass wir in zentralen Fragen keine Übereinstimmung haben.

Als diakonisches Unternehmen sind wir in erster Linie den uns anvertrauten Menschen verpflichtet. Die Ressourcen sind knapp und müssen besonders sorgfältig verwaltet und eingesetzt werden. Ihre Anfrage müssen wir daher ablehnen. Vielen Dank für Ihr Verständnis.

MfG

Neutralitätsgebot? Nein!

Parteien wie die AfD behaupten immer wieder fälschlicherweise, dass Träger und Institutionen sich „neutral“ verhalten müssten, wenn sie Staatsgelder bekommen. Die Gemeinnützigkeit wird häufig in Frage gestellt. Diese Auslegung der staatlichen Neutralitätspflicht wird unkorrekterweise auf Fachkräfte sozialer Arbeit ausgedehnt.

Soziale Arbeit ist per se nicht neutral, die Arbeit von diakonischen Tendenzbetrieben wie dem EJV ist es insbesondere nicht. Das EJV muss und kann sich nicht „neutral“ verhalten.

Im Übrigen fordert staatliche Neutralität gerade das Eintreten für Vielfalt und Pluralität, da ohne diese eine freie Entfaltung der/des Einzelnen verhindert oder zumindest erschwert wird. In der Kinder- und Jugendhilfe beispielsweise ist sie u. a. durch die Achtung der Grundrichtung der Erziehung (§ 9 Nr. 1 SGB VIII) sowie das Vielfaltsgebot und Subsidiaritätsprinzip gesetzlich gesichert (insb. §§ 3, 4 SGB VIII).

Aus aktuellem Anlass, Informationen vor dem Wahljahr 2024

2024 sind Kommunalwahlen in neun Bundesländern, außerdem sind Landtagswahlen in drei Bundesländern. Für das EJF besonders relevant sind aufgrund der regionalen Verteilung der Standorte die Wahlen in Brandenburg.

Tipps für den persönlichen Umgang mit Rechtspopulismus im Alltag gibt es auf <https://www.kleinerfuenf.de/>

Auf <https://afdnee.de/> werden Fakten gecheckt mit Bezug auf das Wahlprogramm der AfD. Eine gute Quelle für jene, die z.B. mit Unentschlossenen ins Gespräch gehen wollen.

Auf <https://aktionsbuendnis-brandenburg.de/brandenburg-rechtsaussen/> finden Sie einen Überblick über die wichtigsten rechten Parteien und Gruppierungen, Stiftungen, Magazine, Netzwerke, Bewegungen und Initiativen in Brandenburg.

Bestrebungen, die den demokratischen Verfassungsstaat und seine fundamentalen Werte, seine Normen und Regeln ablehnen, werden als Extremismus bezeichnet. Informationen zu verschiedenen Formen des Extremismus gibt es auf den Seiten des Bundesinnenministeriums:

<https://www.bmi.bund.de/DE/themen/sicherheit/extremismus/extremismus-node.html>

